



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Spätes Erwachsenwerden — was sind die Folgen?

Buchmann, M ; Solga, H

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-103122>
Journal Article

Originally published at:
Buchmann, M; Solga, H (2014). Spätes Erwachsenwerden — was sind die Folgen? WZB - Mitteilungen, (146):65-66.

Konferenzberichte

Spätes Erwachsenwerden – was sind die Folgen?

Marlis Buchmann und Heike Solga

Symposium „Challenges in the Third Decade of Life in the 21st Century: Individual Development and Health, Social Opportunities and Inequalities“ auf Schloss Herrenhausen, Hannover (finanziert durch die Volkswagen-Stiftung). Organisiert von Heike Solga (WZB), Marlis Buchmann (Universität Zürich), Martin Diewald (Universität Bielefeld), Anette Fasang (Humboldt-Universität zu Berlin & WZB), Richard Lerner (Tufts University) und Iris Litt (Stanford University), 25.–28. Juni 2014

Die Übernahme von verschiedenen Rollen, die zum Status eines Erwachsenen gehören, hat sich in fortgeschrittenen Industrieländern deutlich verzögert. Der Übergang ins Erwachsenenalter reicht so einerseits weit in die dritte Dekade des Lebens hinein, andererseits weist er eine zunehmende Vielfalt auf. In den Medien gelten die *Twenty-Somethings* als späte Generation, die unselbstständig, unpolitisch und selbstbezogen ist. Verschärft durch die ökonomische Krise der letzten Jahre sind junge Leute tatsächlich in besonderem Maße gefordert, ihren Weg ins Erwachsenenleben zu finden. Trotz dieser beobachtbaren Herausforderungen für das Erwachsenwerden ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Gruppe bislang spärlich. Hier setzte das internationale und interdisziplinäre Symposium mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus Deutschland, Finnland, Italien, Kanada, den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien und den USA an.

Das mediale Bild der *Twenty-Somethings* sowie die Ursachenzuschreibungen sind zu einfach und damit teilweise auch falsch. Wie komplex die Herausforderungen sind, zeigt das Beispiel der Familiengründung. Hier spielen nicht nur die eigene berufliche Situation und Lebenslaufphase eine Rolle, sondern auch Partnerinnen und Partner, die Geschichte der eigenen Herkunftsfamilie sowie kulturelle und gesellschaftliche Normen. Individuelle, soziale und kulturelle Faktoren greifen ineinander.

Die Beiträge der Konferenz konnten im internationalen Vergleich neben den durchaus vorhan-

denen Unterschieden etliche Gemeinsamkeiten und historische Stabilitäten des Übergangs ins Erwachsenenalter aufzeigen. Untersucht wurden die Bereiche: individuelle Entwicklung beim Übergang ins Erwachsenenalter, Arbeitsmarkteinstieg, Familiengründung, Gesundheit sowie soziale Integration und Zivilengagement.

Beispielhaft seien zwei wichtige Befunde vorgestellt. Hinsichtlich des Arbeitsmarkteinstiegs zeigten die kohortenvergleichenden Betrachtungen für Deutschland (Christian Brzinsky-Fay, Heike Solga, beide WZB), Großbritannien (Ingrid Schoon, University of London und WZB), die Niederlande (Maarten Wolbers, Radboud University Nijmegen), die USA (Robert Crosnoe, University of Texas at Austin), Greg Duncan, University of California, Irvine) sowie auch Jordanien (Michael Gebel, Universität Oldenburg) grundlegende Gemeinsamkeiten: Unterschiede im Arbeitsmarkteinstieg zwischen Männern und Frauen haben sich – mit Ausnahme von Jordanien – deutlich verringert. Zudem erreichten die jüngeren Geburtskohorten in allen Ländern trotz schlechterer Arbeitsmarktbedingungen im Durchschnitt einen höheren beruflichen Status in ihren späten zwanziger (Lebens-)Jahren als ihre Elterngeneration. Die Bildungserträge allerdings, also der jeweilige berufliche Status, der bei gleichem Bildungsabschluss erreicht wurde, haben sich verringert. Beides sind Effekte der Bildungsexpansion: Es gibt einerseits mehr höher Gebildete in den jüngeren Geburtskohorten, andererseits aber auch ein größeres Angebot an gut ausgebildeten Personen. Nicht alle erreichen mehr den gleichen Status wie frühere Geburtskohorten.

Ferner zeigte sich in allen Ländern eine deutliche Verschiebung der Familiengründung, insbesondere bei jungen (höher gebildeten) Männern. Unklar ist allerdings immer noch, wie diese nationenübergreifende Gemeinsamkeit zustande kommt: Sind es institutionelle Gemeinsamkeiten (wie verlängerte Bildungszeiten), säkulare Veränderungen der normativen Erwartungen oder individuelle Unsicherheiten, insbesondere bei jungen Männern (Stichwort „Familienernährer“)?

Als zweites wichtiges Forschungsfeld sei erwähnt, wie sich veränderte Statusübergänge ins Erwachsenenalter auf die psychologischen Reifeprozesse junger Erwachsener ausgewirkt haben könnten. Hier zeigen die von Robert Cros-

noe, Ingrid Schoon, und Laurence Steinberg (Temple University) präsentierten soziologischen und entwicklungspsychologischen Ergebnisse Bemerkenswertes für die USA und Großbritannien: Die jüngeren Kohorten sind nicht weniger ambitioniert, zielorientiert und engagiert als die älteren Geburtsjahrgänge (also ihre Eltern); sie sind auch nicht mehr selbstzentriert oder „egoistisch“, wie ebenfalls häufig angenommen. Es wurden keine nennenswerten Unterschiede hinsichtlich Selbstbewusstsein, Kontrollüberzeugungen, Empathie für andere und Lebenszufriedenheit der Geburtskohorten der 1960er Jahre im Vergleich zu Kohorten der 1990er Jahre gefunden. Im Gegenteil, berufliche wie auch familiäre Lebensziele werden im dritten Lebensjahrzehnt von den jüngeren Kohorten sogar als etwas wichtiger eingeschätzt als in den früheren Generationen.

Die Zusammenschau dieser beiden Befunde legt nahe, wie gefährlich es sein kann, aus der eher soziologischen Beobachtung eines späteren Übergangs in viele Erwachsenenrollen quasi automatisch psychologische Veränderungen abzuleiten. Dies verdeutlicht, wie fruchtbar nicht nur international vergleichende Forschung, sondern auch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit sein kann. Erste Schritte dazu wurden auf dem Symposium getan. Es zeigte allerdings auch den relativ hohen Spezialisierungsgrad der Übergangsforschung. Gerade in der interdisziplinären Forschung sind noch viele Fragen offen. Noch existiert keine Quersichtsforschung, die beispielsweise Verbindungen zwischen Familiengründung und zivilem Engagement herstellen oder Unterschiede in den Statuspassagen mit Arbeitsmarkteinstieg und Gesundheit verknüpfen kann.

Kunst als Investition. Kann sich Kreativität der Finanzlogik entziehen?

Janet Merkel und Anke Strauß

Diskussionsabend „‘Healthy dividends’ from the arts?“ mit Eve Chiapello (Ecole des Hautes Etudes en Science Sociale, Paris), Christophe Knoch (Kurator, Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin), Chris Land (Universität Essex) und Michael Hutter (WZB) als Moderator am 29. September 2014 im Projektraum Vierte Welt am Kottbusser Tor.

Ausgangspunkt der Diskussion war die Feststellung, dass der Prozess der Finanzialisierung nicht nur zunehmend Wirtschaft und Po-

litik dominiert, sondern durch den Gebrauch von Metaphern und Erzählmustern aus der Finanzwelt sowie von finanziellen Messgrößen auch immer mehr die Sphären des Kulturellen und des Sozialen durchdringt. So sprach etwa die damalige britische Kulturministerin Maria Miller in ihrer Antrittsrede von „Investments“ sowie „Erträgen“ und „Dividenden“ als zentrale Begründungen für kulturpolitisches Engagement. Angesichts drastischer Sparmaßnahmen der britischen Regierung seit der Finanz- und Wirtschaftskrise erklärte Miller im April 2013, dass Kunst und Kultur nun primär an ihren ökonomischen Beiträgen gemessen würden.

Die Gastwissenschaftler der Forschungsabteilung Kulturelle Quellen von Neuheit, Eve Chiapello und Christopher Land, sprachen über diese Entwicklung in Großbritannien und Frankreich sowie die Gefahren eines Diskurses, in dem Kunst und Kultur für die Gesellschaft als Investment bezeichnet wird. Ihr gesellschaftlicher Beitrag wird dann in Kennziffern erfasst und evaluiert, die starke Bezüge zu finanzökonomischen Messgrößen aufweisen. Nicht nur ästhetische Überlegungen geraten dadurch in den Hintergrund. Auch gesellschaftspolitische Zielstellungen einer kulturpolitischen Förderung geraten aus dem Blick.

Welche Ambivalenz dieser finanzökonomische Diskurs erzeugt, erläuterte Christophe Knoch für die Berliner Kulturschaffenden ohne institutionelle Anbindung. Angesichts prekärer werdender Arbeits- und Lebenszusammenhänge ist die Freie Szene gezwungen, den eigenen Wert zu beziffern und über ihren ökonomischen Beitrag für die Stadt Argumente für Unterstützung durch die Kulturpolitik zu formulieren. Sie folgt damit allerdings der instrumentalisierenden Logik des politischen Diskurses – eine Option, die auf Unbehagen stößt, für die es aber gegenwärtig wenig Alternativen gibt. Die Freie Szene kann damit ungeahnte politische Koalitionen, etwa mit der Industrie- und Handelskammer, finden, unterminiert aber ihren Anspruch auf künstlerische Entwicklung und auf eine künstlerische Praxis, die eben nicht kompatibel mit dem Markt ist und nur kurzfristige Erträge sichert. Denn gefördert wird nur, was sich ökonomisch lohnt und den größten „Impact“ verspricht.

Die Kommentare aus dem Publikum wiesen darauf hin, dass Kulturschaffende in ihrer Arbeit nach genau diesen Maßstäben evaluiert würden, wenn sie die eigene Arbeit als Serviceleistung definieren. Daraus ergebe sich die Frage: An welchen Werten will sich die Freie Szene sich am Ende messen lassen? Ein Kommentator schlug vor, sich zu fragen, welche Werte durch solch eine ökonomisch orientierte Herangehensweise zerstört würden. Eine weiterer Kommentator stellte grundsätzlich in Frage,

warum sich Kulturschaffende in eine Verwertungslogik begeben, die ihnen von Seiten der Politik vorgegeben werde. Er verwies darauf, dass es in einer demokratischen Gesellschaft ein Recht auf Kultur gebe, das es einzufordern gelte. Ein vierter Kommentator verwies auf Potenziale für künstlerische Kritik, widerständige Praktiken und mögliche Alternativen zur dominanten Finanzialisierung, die in neuen, kollektiven Strategien von Aneignung und Selbstermächtigung liegen könnten.

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, dass angesichts von Alternativlosigkeit und postpolitischen Zuständen wir mehr denn je Anregungen, Debatten, Konfrontation und kritische Perspektiven auf unsere Gesellschaften benötigen. Hier können Kunst und Kultur einen wesentlichen Beitrag leisten. Wie sich neue „Räume transformatorischer Politik“ mit kulturellen Artikulationsformen in der Praxis eröffnen lassen, muss die Zukunft zeigen.

„Sing me a song with social significance ...“

Lena Hipp

Jahreskonferenz des European Consortium of Sociological Research, ausgerichtet vom WZB und der Humboldt-Universität zu Berlin, 23. bis 25. September 2014

„I’m tired of moon songs, of stars and of June songs, tralalala“ – die Melodie des bekannten Broadwaysongs untermalte die inhaltliche wie die methodische Ausrichtung der Jahreskonferenz des European Consortium of Sociological Research (ESCR). In seinem Eröffnungsvortrag zitierte Fabrizio Bernardi, derzeit Vorsitzender des Konsortiums, den Sänger Harold Rome, um der Zunft den Spiegel vorzuhalten: „Sing me a song with social significance“. Zu oft würden sich Soziologinnen und Soziologen um die statistische und nicht um die soziologische Signifikanz kümmern. Lediglich 20 bis 40 Prozent der Artikel, die in den letzten 15 Jahren im *European Sociological Review*, dem „Flagshipjournal“ des Konsortiums, publiziert worden sind, äußerten sich auch zur gesellschaftlichen Signifikanz der untersuchten Phänomene und blieben nicht bei der Interpretation der „Sternchen“ stehen, der Indikatoren statistischer Signifikanz. Im Falle der Konferenzpräsentationen erwiesen sich diese Hinweise jedoch als weitgehend überflüssig: Bei ihrer Analyse der zunehmenden sozialen Ungleichheit in Europa beschränkten sich die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht nur auf das Standardrepertoire Bildung, Einkommen und Mobilität, sondern bezogen auch Aspekte wie Sozialkapital oder Fürsorge- und Familienarbeit in ihre Analysen ein. Auch methodologisch waren die Vorträge auf dem aktuellen Stand der Forschung.

Exemplarisch kann dies anhand der vier Keynote Speeches illustriert werden. In ihrem Vortrag über Arbeitsmarktdiskriminierung von Müttern verdeutlichte Shelley Correll, wel-



Mein Haus, mein Boot, mein Auto – woran misst sich individueller Wohlstand? Wissenschaftlich ist die Antwort klar: Das jährliche Einkommen eines Haushalts ist der beste Indikator. (Foto: picture-alliance)

che Rolle subtile Stereotype und Normen in Einstellungsprozessen und Bewertungssystemen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern spielen, inwiefern politische Maßnahmen Diskriminierung reduzieren können und wie der Kausalzusammenhang zwischen Mutterschaft und Benachteiligung mittels experimenteller Methoden untersucht werden kann. Hans-Peter Blossfeld zeigte in seiner Tour d'Horizon zur empirischen Bildungsforschung, dass auch Panelanalysen die Möglichkeiten kausaler Rückschlüsse erlauben und dass in Deutschland die soziale Herkunft noch immer entscheidend für den Bildungserfolg ist. Methodisch relevant waren auch David Bradys Ausführungen zur Messung langfristiger ökonomischer Ressourcen, die grundlegende Auswirkungen auf individuelle Gesundheit und Wohlbefinden haben. Aufgrund einer Vielzahl von Messmöglichkeiten hatten Forscherinnen und Forscher bislang die Qual der Wahl: Sollten ökonomische Ressourcen am besten anhand der beruflichen Stellung, des Vermögens, der sozialen Klasse oder anhand des individuellen oder des Haushaltseinkommens erfasst werden? Die Antwort steht nun fest: Das Haushaltseinkommen eines zufällig ausgewählten Jahres nach Steuern und Abzügen ist am besten dazu geeignet, individuellen Wohlstand zu messen.

Methodisch und konzeptionell noch herausfordernder ist es, den Einfluss von Normen und Kultur sowie von familienpolitischen Leistungen auf die unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit zu untersuchen. Das zeigte Daniela Grunow eindrücklich in ihrem Beitrag zu den Auswirkungen der Geburt eines Kindes auf die Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen. Kann Geschlechterkultur als Aggregat individueller Einstellungen gemessen werden? Können Ausgaben ein valider Indikator für die familienpolitische Orientierung eines Landes sein? Lassen sich also aus der Gegenüberstellung von Ausgaben für Initiativen, die darauf abzielen, Familie mit Erwerbsarbeit zu verbinden, und von Ausgaben für Projekte, die berufliche Unterbrechungen zugunsten der Familie fördern, politische Schlüsse ziehen?

Auf diese und andere Fragen müssen gemeinsam Antworten gefunden werden. Dass der Wissenschaftsstandort Berlin dies leisten kann, machten Jutta Allmendinger und Peter Frensch in ihren Eröffnungsstatements deutlich. Berlin war schließlich nicht nur in der Vergangenheit Heimat vieler großer Soziologinnen und Soziologen, sondern kann es auch in Zukunft sein.

How the World Economy Became Natural

Quinn Slobodian

Konferenz "The Concept of the World Economy: Intellectual Histories" am 30. und 31. Mai 2014 im WZB

In the early 21st century, few would question the existence of a single world economy. Policy-makers and knowledge producers refer routinely to the pressures of the one world economy to justify domestic policy changes, including, most frequently, the dismantlement of the social state, the need for labor restraint, and the "structural adjustment" of production regimes to meet global consumer demand. National borders are assumed to be semi-permeable membranes, capable of mitigating but never fully controlling, the effects of global economic exchange.

Despite its current status as self-evident, the concept of the one world economy has a history. Organized by Quinn Slobodian (Freie Universität Berlin/Wellesley College) and Dieter Plehwe (WZB), this conference brought together scholars whose ongoing work contributes to a history of the idea of the single world economy and the processes by which it was made natural in science, policy and popular discourse.

From the first presentations onward, it was clear that there was political capital to be gained in identifying and naming the world economy. Using the example of imperial Germany, where the term "the world economy" (*die Weltwirtschaft*) first came into circulation, Laura Rischbieter (Humboldt) described how canny political actors assigned agency to the global economy to absolve themselves of responsibility for adverse economic conditions. Catherine Davies (Freie Universität Berlin) expanded on the world economic imaginary of the late 19th century with the insight that, even as nations turned to protectionism after the 1870s, statesmen and bankers continued to believe that gold needed to flow freely over national borders. The world economy of money had different rules than the world economy of goods.

Before the First World War, an object called "the world economy" was only rarely the object of sustained statistical inquiry. Timothy Shenk (Columbia) showed how empirical economic research found an institutional home with the National Bureau of Research, founded at Wesley Mitchell's initiative in 1919, which would become the template for further such institutes. Martin Bemmman (Freiburg) outlined the pio-

neering efforts of the League of Nations to gather, standardize and compile international statistics to create the most comprehensive portrait yet of the world economy in the 1920s.

Quinn Slobodian (Freie Universität Berlin/Wellesley) focused on the early work of Austrian economist and intellectual father of neoliberalism, Ludwig von Mises. Like many other classical liberals, Mises was skeptical of the category of the nation and used the whole earth – and the world economy – as the starting point of both his analyses and his visions for political transformation. Hagen Schulz-Forberg (WZB/Aarhus) pointed out similarly how the roots of neoliberalism as a political movement must be found within the debates over world-economic reorganization in the 1930s.

Jamie Martin (Harvard) showed how the League of Nations was central not only for statistics-gathering and facilitating intellectual exchange but also for exporting models of economic governance. In his example, Arthur Salter presented elites in still-colonial South Asia with a range of models for economic management that would feed into imaginings of postcolonial India. As demonstrated by José Antonio Sanchez Roman (Complutense University of Madrid), the League was also a space for previously marginalized actors to make claims within an entangled global economy. In debates over double taxation and waterway rights, Latin American countries made crucial demands for retaining some of the profits of foreign investment for the construction of a domestic welfare state.

In his keynote address, Andrew Zimmerman (George Washington University) reaffirmed the conclusion that claims to speak for the world economy are “always partisan moves.” He focused on Max Weber and East Prussia to show

how visions of the world economy have frequently involved an international division of labor according to putatively inherent qualities of “race.” Gopalan Balachandran (Geneva Graduate Institute) also unpacked the world economy as a category, suggesting that its use by scholars has often privileged long-distance trade while occluding local, non-monetized forms of production. Using the case of Poland, Malgorzata Mazurek (Columbia) demonstrated, by contrast, how the gathering of world economic statistics also led to an accounting for formerly ignored spheres of production in a process of “national self-discovery.” Matthias Schmelzer (University of Geneva) showed how closely related historically the ideas of the “national economy” and the “world economy” were. After the Second World War, GDP figures created a vision of the world economy as an aggregate of national economies amenable to Keynesian management.

The embedded liberalism of the Bretton Woods era came under attack in the 1970s as a result of dollar shortages, oil crises, increasing volume of financial activity and the unwillingness of the U.S. to manage the global economy. David Kuchenbuch (Gießen) showed how one world ideology spread in the 1970s with the concept of the earth as a closed system of limited resources. Dieter Plehwe (WZB) describes an economic variety of this vision in Herbert Giersch's notion of “cosmopolitan capitalism” according to which globalization had made redistributive models of social democracy at the national level unworkable. In Giersch's model, shared by many in the present day, the world economy was a rhetorical weapon, wielded against demands for economic evenness and social justice. As the conference contributions showed, however, the politics of the world economy are not fixed. The concept remains open to continual reclamation and revision.